

27. Mai 2020

Interpellation

von SVP-Fraktion

In der Ausgabe des Tages-Anzeiger vom 13. Mai 2020 auf der Seite 15 wird folgendes publik: Er (SP-Präsident Marco Denoth) schreibt Raphael Golta, die Partei habe mehrere kritische Mails zur Räumung erhalten. Er fragte: «Antwortest du auf solche Mails?» Die Antwort folgte wenige Minuten später: «Wir beantworten vorderhand die Mails in Sachen Juch nicht.» Es seien etwas gar viele Mails dazu eingegangen – «nicht nur freundliche», schreibt Golta. Das Ziel müsse jetzt sein, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu giessen. Was der Stadtrat in seiner Antwort vergass: Er belies die Kritikerin im CC seiner Mail.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Existiert im Stadtrat eine Regelung oder ein Verhaltenskodex, wie die Mitglieder des Stadtrates mit Emails von der Bevölkerung umgehen sollen? Falls ja, wie lauten diese? Falls nein, warum nicht?
2. Welche Regelung oder welcher Verhaltenskodex gibt es für die städtischen Angestellten zur Behandlung von Emails aus der Bevölkerung? Falls ja, wie lauten diese? Falls nein, warum nicht?
3. Trifft die zitierte Aussage «Wir beantworten vorderhand die Mails in Sachen Juch nicht» so zu? Falls nein, wann und wie wurde dies richtiggestellt oder eine Gegendarstellung verlangt?
4. Falls die Aussage so zutrifft, wer hat dies und zu welchem Zeitpunkt entschieden? Was war die Begründung für diesen Entscheid? Wer war in die Entscheidungsfindung involviert?
5. Ist es üblich, dass Anfragen oder Emails zu einer bestimmten Thematik unbeantwortet bleiben oder erst zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden?
6. Wie viele Emails sind zum Thema Juch eingetroffen? Wir bitten um eine tabellarische Auflistung der Emails (unter Einhaltung des Datenschutzes und ohne Verwendung der Namen) nach Eingangsdatum und zu welchem Zeitpunkt und von wem das Email beantwortet wurde, sofern je eine Antwort auf das Email geschrieben worden ist?
7. Was war der Zweck der Aussage «nicht noch mehr Öl ins Feuer zu giessen»?
8. Wurde die «Kritikerin» bewusst im CC aufgeführt oder handelt es sich um einen Fehlmanipulation? Sollte es sich um einen Fehler handeln, weshalb bekommt dann ein Gemeinderat oder SP-Präsident eine Antwort, nicht aber die besorgte Bürgerin? Ist dies aus Sicht des Stadtrates legitim?
9. Wäre es nicht im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips, Emails aus der Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen umgehend zu beantworten?
10. Welche Massnahmen unternimmt der Stadtrat, um eine bessere Kommunikationsstrategie zu ermöglichen, mit dem Ziel, die Fragen und Emails der Bürgerinnen und Bürger kompetent und schnellst möglichst zu behandeln und zu beantworten?

